



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.12.2013

AN/1482/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.12.2013

Kölner Bürger schützen – Salafistentreffpunkt M. K. Palast schließen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion PRO KÖLN bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und zu behandeln:

Der Rat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt:

- 1.) Sofort alle möglichen ordnungsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, den sogenannten M.K. Palast in Köln - Bickendorf als Treffpunkt für Salafisten und andere Extremisten ersatzlos zu schließen.
- 2.) Das Areal (bis zum Biesterfeld) städteplanerisch neu zu gestalten und dem Rat der Stadt Köln die dementsprechenden Verwaltungsvorlagen zur Beschlussfassung schnellstmöglich vorzulegen.

Begründung:

Der sogenannte M.K. Palast in Köln Bickendorf (bzw. Vogelsang) ist seit längerem insbesondere für die Anwohner und die Bevölkerung im Stadtteil ein veritables Ärgernis. Insbesondere die ausufernde Lärmbelästigung, die unkontrollierte und illegale Nutzung des öffentlichen Straßenrandes durch die PKWs der Besucher, sind nur einige Symptome. Offensichtlich gibt es aber auch ein Sicherheitsdefizit, das als Gefahr für die Bevölkerung bezeichnet werden. So entwickelt sich der M.K. Palast offenbar auch zu einem Treffpunkt für Salafisten und Dschihadisten. So fand am Donnerstag, den 3. Oktober 2013, ein Kongress

von international aktiven Unterstützern der islamischen Gotteskämpfer in den Räumlichkeiten statt.

Selbst die Sicherheitsbehörden und Geheimdienste haben erst in buchstäblich letzter Sekunde von der Aktion erfahren. Dies deutet auf ein recht inniges Verhältnis zwischen Veranstalter und den Betreibern des M.K. Palast hin. Es ist also davon auszugehen, dass die Lokalität funktionell der Infrastruktur von militanten Salafisten und Dschihad-Propagandisten zugerechnet werden kann und daher aus öffentlichem Sicherheitsinteresse umgehend geschlossen werden muss.

Gez.

Jörg Uckermann